

Klimaschutz und internationale Wettbewerbsfähigkeit – ein Widerspruch?

klima-retten.info

Feedback bitte an: klima-retten@email.de

Prolog: Handlungsoptionen der Politik

Wir tun Dinge, die den Klimawandel verursachen, weil wir sie gegenüber klimaschonenden Alternativen (noch) bevorzugen und/oder weil sie für uns preiswerter sind. Die Kosten des Klimawandels, die wir dabei verursachen, können wir auf die gesamte Menschheit verteilen. Wir privatisieren also die Vorteile, die uns die Atmosphäre als Treibhausgasdeponie bietet, und sozialisieren die Kosten. Der wissenschaftliche Fachterminus hierfür lautet "Marktversagen aufgrund externer Effekte". Ein Großteil der Volkswirte zieht daraus den Schluss, dass der Staat eingreifen muss, um für ausreichend Klimaschutz zu sorgen. Welche Optionen hat der Staat?

Grundsätzlich stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

1. **Appelle und Aufklärung:** Reichweite ist aufgrund des oben dargestellten sozialen Dilemmas (Auseinanderfallen von privatem Nutzen und sozialen Kosten) begrenzt.
2. Finanzielle Anreize über **Subventionen** (EEG, KfW-Programme, etc.): nicht kosteneffizient, nicht selbsttragend, nicht nachhaltig, nicht technologieneutral, wenig Innovationsanreize.
3. **Auflagen** (Energieeinsparverordnung, Flottengrenzwerte bei PKW, etc.): nicht kosteneffizient, nicht selbsttragend, nicht nachhaltig, wenig zielgenau, wenig Innovationsanreize, viel Bürokratie, viele Einzelmaßnahmen notwendig, wenig individuelle Freiheit.
4. **Preis auf CO₂:** kosteneffizient, nachhaltig, hoher Anreiz für Innovationen, hoher Freiheitsgrad, Alternativen rechnen sich zunehmend selbsttragend, keine Gefahr von Reboundeffekten.
5. **Nichtstun:** Theoretisch könnte es auch sein, dass klimaneutrale Lösungen durch technischen Fortschritt oder Änderung der Präferenzen der Bürger (Lebensstiländerung) aus sich heraus attraktiv genug werden. Das ist aber im Moment nicht absehbar bzw. Spekulation.

Wie verändert sich die Wettbewerbsfähigkeit bei einer Vorreiterrolle eines Landes im Klimaschutz? Ein Drei-Phasen-Modell:

So wie Bürger oder Unternehmen dem oben beschriebenen sozialen Dilemma ausgesetzt sind, geht es im Prinzip auch ganzen Volkswirtschaften. Sie können sich durch niedrigere Klimastandards kurzfristig einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und die Kosten sozialisieren. Die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit lassen sich grob in drei Phasen darstellen:

Phase 1: Keine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit

Manche Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigen unsere Wettbewerbsfähigkeit gar nicht, weil sie nicht viel kosten oder nur geringe Verhaltensänderungen notwendig sind. Manche weniger fossilastige Alternativen werden durch höhere „Stückzahlen“ billiger. Leider werden diese Maßnahmen und Alternativen allein wohl nicht ausreichen, um das Klima zu retten.

Phase 2: Wettbewerbsneutral oder sogar ein Vorteil, wenn man es intelligent anstellt

Klimaschutz kostet uns also etwas. Wenn der Staat – mit welchen Instrumenten auch immer – dafür sorgt, dass Produkte, Dienstleistungen oder Lebensstile mit weniger Treibhausgasemissionen verbunden sind, dann verteuert dies tendenziell die Produktion in Deutschland. Damit verschlechtert sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen - sowohl bei Exporten als auch gegenüber Importen aus dem Ausland. Es sei denn, die Klimaschutzauflagen werden auch im Ausland im gleichen Maße verschärft.

Wenn wir in Deutschland ein bestimmtes Klimaschutzniveau erreichen wollen, müssen wir uns also fragen: Wie minimieren wir den potenziellen Wettbewerbsnachteil? Von den oben angeführten Instrumenten schneidet ein Preis auf CO₂ gut ab, da er kosteneffizient ist und Innovationsanreize setzt. Ein solcher Preis kann sogar ein Wettbewerbsvorteil sein, wenn andere Staaten zwar ein ähnliches Klimaschutzniveau erreichen, aber ineffizientere Instrumente einsetzen. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Phase 3: Es entsteht (kurzfristig) ein Wettbewerbsnachteil

Was aber, wenn wir die Potentiale für kosteneffizienten Klimaschutz ohne entscheidende Wettbewerbsnachteile ausgereizt haben; unsere Emissionen aber immer noch zu hoch sind, um einen angemessenen Anteil an den global notwendigen Anstrengungen zu übernehmen?

In einer solchen Situation kann es durchaus rational sein, für eine gewisse Zeit das Klimaschutzniveau weiter zu erhöhen, obwohl man sich damit Wettbewerbsnachteile einhandelt und auch der CO₂-Ausstoß u.U. nur von einem Land in ein anderes wandert (Fachterminus: carbon leakage). Denn solche Maßnahmen können die globale Kooperation beim Klimaschutz vorantreiben (Fachterminus aus der ökonomischen Spieltheorie: Tit-for-Tat-Strategie). Wenn dadurch die Begrenzung des Klimawandels gelingt, haben wir auch in diesem Fall den Vorteil. Am teuersten kommt es uns alle, wenn die Begrenzung des Klimawandels misslingt. Und dabei steht eben nicht nur Geld auf dem Spiel, sondern Menschenleben und menschenwürdiges Leben.

Epilog: Wirksamer CO₂-Preis notwendige Bedingung für erfolgreiche Klimapolitik aber nicht hinreichend

Soweit eine holzschnittartige Darstellung der Zusammenhänge zwischen Klimaschutz und internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die gesamte Realität ist natürlich komplexer: So stehen nicht alle Produkte unter dem gleichen internationalen Wettbewerbsdruck. Wenn ein Land eine bestimmte Technologie vorantreibt, hat es u.U. einen Wettbewerbsvorteil, wenn die Produkte später aufgrund verschärfter Auflagen auch woanders stärker nachgefragt werden. Die Förderung bestimmter Technologien wie der Photovoltaik hat zu einer gewaltigen Kostensenkung geführt, von der z.B. die Entwicklungspolitik profitieren kann. Klimaschutz kann unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus unsicheren Regionen verringern, usw.

Unter dem Strich werden wir die Herkulesaufgabe Begrenzung des Klimawandels ohne einen wirksamen CO₂-Preis mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht bewältigen. Daher muss die Politik dieses Thema angehen, auch wenn andere Instrumente auf kurze Sicht politisch leichter durchsetzbar scheinen. Außerdem kann die Rückverteilung aller Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung als **Klimadividende** einen wirksamen CO₂-Preis auch politisch zu einem Gewinnerthema machen.

Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

- **Nationale** Einführung einer **CO₂-Abgabe** auf alle Emissionen, um die eigenen Emissionen effizient zu senken und ein wichtiges politisches Signal auch nach außen zu senden.
- Rückverteilung der Einnahmen pro Kopf in gleicher Höhe als **Klimadividende**, um die politische Akzeptanz für ein ökonomisch sinnvolles Instrument zu sichern.
- **Kontinuierliche Anhebung**: Werden die Reduktionsziele nicht eingehalten - wird die CO₂-Abgabe angehoben (Fachterminus: Standard-Preis-Ansatz). Allerdings müssen wir uns politisch entscheiden, wie weit wir es uns in der Phase III (s.o.) leisten können und wollen, voran zu gehen.
- Alles dafür tun, dass auch in der EU und **global** die **Klimaschutzanstrengungen** vorankommen. Am besten mit einem verabredeten globalen Preis auf CO₂ in einer möglichst großen "Koalition der Willigen" und einen auf alle Emissionen ausgeweiteten EU-Emissionshandel.
- **Strukturwandel** in den Braunkohletagebaugebieten unterstützen. Mobilität im ländlichen Raum und bezahlbares Wohnen im Auge behalten und im notwendigen Ausmaß staatlich eingreifen.
- **Ausnahmeregelungen** für besonders CO₂-intensive Prozesse wie Stahl-, Aluminium oder Zementherstellung solange es noch keine ausreichende globale Kooperation gibt; ergänzt um eine CO₂-Abgabe auf diese Produkte mit Grenzausgleichssystem (border adjustment).